



BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR DIE HAUPTSTADT · AUSGABE HERBST 2023



Landesverband
Berlin

Heizhammer stoppen!

Habecks
Wärmepumpen-
Ideologie
Seite 2



Foto: stock.adobe.com, Studio Harmony

Ein Central Park für Berlin

Potenzial für das
Tempelhofer Feld.
Seite 2/3 Fraktionsteil



Foto: Hauptstadtfraktion

Wohnungsbau

Sozialwohnungen
ausschließlich für
"Flüchtlinge"?
Seite 3



Foto: stock.adobe.com, BillionPhotos.com



Hände weg von der Staats- bürgerschaft!

**UNTER-
ZEICHNEN
SIE DIE
PETITION
HIER ONLINE:**

<https://haende-weg-von-der-staatsbuergerschaft.de>



Foto: Hauptstadtfraktion

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen Ausländer noch schneller eingebürgert werden können als bisher. So sieht es das neue Gesetz zum Staatsangehörigkeitsrecht vor. Viele Bürger fragen sich zu Recht: Warum wird immer einfacher und immer schneller eingebürgert, wer vielleicht gar nicht zu uns passt?

Schon jetzt erreicht die Zahl der Einbürgerungen ein Rekordhoch. Deutschland hat im vergangenen Jahr 168.500 Menschen eingebürgert. Das ist die höchste Zahl seit über 20 Jahren.

48.300 Syrer machten 2022 mit einem Anteil von 29 Prozent die größte Gruppe der Eingebürgerten aus – mehr als doppelt so viele wie 2021. Sie waren im Schnitt 25 Jahre alt, zu zwei Dritteln männlich und hielten sich seit knapp sechs Jahren in Deutschland auf.

Diese Zahlen zeigen, wer von den Plänen der Ampel-Koalition vornehmlich profitieren könnte: Millionen von Zuwanderern, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind. Viele von ihnen kamen illegal. Ihnen wäre dann

grundsätzlich auch die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt.

Die Bundesregierung darf die Hürden zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht weiter absenken. Die Aussicht auf eine Einbürgerung bereits nach drei Jahren wird den schon heute nicht mehr zu bewältigenden Migrationsdruck noch weiter erhöhen und die ohnehin längst überstrapazierten Kapazitäten des Landes Berlin überlasten.

Mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft sind eine Reihe von Rechten verbunden – wie Wahlrecht, Beamtenstatus, Schutz im Ausland oder Visafreiheit in vielen Ländern. Die Bürgerrechte garantieren u. a. Versammlungs-, Vereinigungs- und Berufsfreiheit.

Diese Rechte dürfen nicht leichtfertig und mehr oder weniger voraussetzungslos an immer mehr Menschen vergeben werden. Vielmehr setzt die Verleihung der Staatsbürgerschaft eine ehrliche Identifikation mit den Werten unseres Landes und seiner Kultur voraus.

Die Aussicht auf eine Einbürgerung schon nach drei Jahren führt zu überstrapazierten Kapazitäten des Landes Berlin.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Berlin diesem Plan widerspricht und das Gesetz der Ampel im Bundesrat zum Scheitern bringt. Bitte unterstützen Sie uns dabei!

~KRISTIN BRINKER

Nur wir stoppen den Heizhammer!

Die flächendeckende Umstellung auf Wärmepumpen schadet Wirtschaft und Gesellschaft



Foto: stock.adobe, Oleg

Das jüngste Vorhaben des grünen Märchenonkels Robert Habeck – der "Heizhammer" – sorgt nur noch für Kopfschütteln. Der "Heizhammer" ist sein Versuch, den CO₂-Ausstoß in Deutschland radikal zu reduzieren, um den „Klimawandel zu bekämpfen“.

Unabhängig von der Sinnhaftig- oder Realisierbarkeit des 1,5-Grad-Dogmas, ist festzustellen, dass die Grünen einseitig auf eine Technologie setzen, die nicht ausgereift ist und in der Praxis gravierende Mängel aufweist.

Die Idee dahinter: Fossile Heizungsanlagen in deutschen Haushalten sollen

durch energieeffiziente Wärmepumpen ersetzt werden. Insbesondere in älteren Gebäuden mit unzureichender Dämmung können jedoch Wärmepumpen die Räume nicht ausreichend beheizen und führen zu einer Verschlechterung des Wohnkomforts.

Die Zwangsumstellung von Heizungsanlagen wird viele kleine Handwerksbetriebe in den Ruin treiben.

Die flächendeckende Umstellung auf Wärmepumpen ist ein enormer finanzieller Kraftakt für viele Hauseigentümer.

Die Kosten für den Einbau einer solchen Anlage sind fünfstellig – Investitionen, die zusätzlich zu anderen Belastungen und der hohen Inflation für Millionen schlicht nicht zu stemmen sind.

Dazu kommt die unzureichende Versorgungssicherheit. Die Energieeffizienz der Wärmepumpen hängt von der Verfügbarkeit erneuerbarer Energien, die nicht grundlastfähig sind, ab.

Doch was passiert, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht? Die Menschen sollen dann wohl im Kalten sitzen und auf Warmwasser verzichten?

Habecks Heizhammer-Initiative stößt auch in der Wirtschaft auf massive Kritik. Die Zwangsumstellung von Heizungsanlagen wird viele kleine Handwerksbetriebe in den Ruin treiben, die auf den Service und die Wartung von Öl- und Gasheizungen spezialisiert sind.

Die AfD warnt seit Langem vor den Konsequenzen dieser viel zu teuren, an sich falschen und einseitigen Klimarettungspolitik, die alle Politikbereiche den ideologischen unsinnigen Pariser Klimazielen unterordnen will und die alle anderen Parteien mittragen. Der "Heizhammer" ist eine Holzhammer-Methode und schadet der Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Nur die AfD will und kann das stoppen!

~FRANK-CHRISTIAN HANSEL

Der Wind dreht sich

Wir brauchen jetzt einen Politikwechsel!

Im Landkreis Oder-Spree (Brandenburg) war der Landratskandidat der AfD in der Stichwahl am 14. Mai mit 47,6 Prozent noch knapp unterlegen. Am 25. Juni war es dann so weit: Im thüringischen Landkreis Sonneberg wurde gegen eine unheilige Allianz aus CDU, Linkspartei, SPD, Grünen und FDP erstmals ein AfD-Kandidat zum Landrat gewählt.

Die Beispiele zeigen: Die Bürger wollen, dass die AfD Regierungsverantwortung übernimmt.

Derweil treibt das Abgrenzungstheater der um ihre Pfründe besorgten Kartellparteien immer absurdere Blüten.

Der als Kampf von Gut gegen Böse hochstilisierte Versuch der Blockflöten, die AfD kategorisch von der Macht auszuschließen, wird zunehmend zur Belastung für unsere Demokratie.

Denn warum soll nicht auch in Deutschland möglich sein, was in vielen anderen europäischen Ländern problemlos funktioniert, nämlich, dass eine konservative Partei Regierungsverantwortung übernimmt?

Die etablierten Parteien haben bei der Lösung der Probleme in Deutschland eklatant versagt. Jetzt ist es Zeit für einen Politikwechsel. So funktioniert Demokratie!

~MARTIN TREFZER



Foto: Stock-Adobe, Brilliant Eye

Hartherzigkeit gegenüber Pflegebedürftigen

Die Ignoranz und Inkompetenz unseres Gesundheitsministers sind kaum noch zu leugnen

Von den fünf Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden fast 84 Prozent von Familienmitgliedern oder Zugehörigen zu Hause versorgt. Zwei Drittel davon stützen sich sogar ausschließlich auf die Hilfs- und Opferbereitschaft ihrer Liebsten, ohne noch zusätzlich ambulante Dienste in Anspruch zu nehmen.

Diese Zahl steigt aufgrund der rasanten Zunahme älterer Menschen rapide! Wem es irgendwie möglich ist, der bleibt in der Lebensphase großer Verletzlichkeit und Abhängigkeit in seinen vertrauten vier Wänden, lassen sich doch der Erhalt der Alltagsfähigkeiten und die Vermeidung von Infektionen dort am besten umsetzen.

Aber auch finanzielle Aspekte sprechen für die ambulante Pflege. Das betrifft nicht nur die Pflegekassen, sondern auch die Vermeidung hoher Zuzahlungen der Betroffenen in Pflegeheimen, wenn es denn eine Zunahme stationärer Pflegeplätze

zukünftig überhaupt geben wird.

Wer traut denn beispielsweise dem Senat von Berlin angesichts der bereits zu beklagenden massiven Mängel im Wohnungsbau, in Krankenhäusern und in der Verkehrsinfrastruktur überhaupt noch Baumaßnahmen zu?

Pflegebedürftigkeit und private Pflegeübernahme drohen zu einem Verarmungsrisiko zu werden.

Ein weiteres zunehmendes Defizit ist der Personalmangel. Also kommt der Pflege zu Hause eine entscheidende Bedeutung zu. An- und Zugehörige haben hier eine Schlüsselrolle.

Das gezahlte Pflegegeld gleicht dabei aber immer weniger die Kosten wie auch den entgangenen beruflichen Gewinn aus.

Und nun kommt die Bundesregierung und speist diejenigen, die mit ihrer Hingabe die sich vergrößernde Versorgungslücke in Grenzen halten, auf unverschämte Weise ab. Weit unterhalb der Geldentwertung liegt die magere Anhebung der vor Kurzem beschlossenen Pflegegelderhöhung!

Seit 2017 wurde diese Leistung nicht mehr an die Lebenshaltungskosten angepasst. Pflegebedürftigkeit und private Pflegeübernahme drohen zu einem Verarmungsrisiko zu werden.

Deutlicher können sich offensichtliche Ignoranz und Inkompetenz des Gesundheitsministers Lauterbach nicht zeigen.

Die AfD hat sich als Interessenvertreter der durch Pflege betroffenen Menschen positioniert. Wir fordern einen sofortigen Ausgleich der bisherigen Verluste und eine künftige Angleichung des Pflegegeldes an die jeweils aktuelle Inflation.

~CARSTEN UBBELOHDE

Für Berliner bauen!

Fertiggestellte Sozialwohnungen sind ausschließlich für „Flüchtlinge“ reserviert



In den letzten Jahren haben sich der Wohnungsmarkt und der Zugang zu Sozialwohnungen für berechtigte Berliner stets weiter verschlechtert. Während der Senat mit Volldampf modulare Flüchtlingsunterkünfte baut, kommt der Rest des Wohnungsbaus immer schlechter in Fahrt. Nun wird in Berlin der Zugang für Berliner im sozialen Wohnungsbau beschränkt, da die fertiggestellten Sozialwohnungen in Spandau und Neukölln ausschließlich durch sogenannte „Flüchtlinge“ bezogen werden.

Diese sollen dann frühestens nach drei Jahren für andere Bewerber offenstehen. Viele Berliner Familien leben bereits in prekären Wohnsituationen. Dadurch werden insbesondere Kinder zu Leidtragenden und ihre Entwicklung beeinträchtigt.

Für Berliner Familien muss der bevorrechtigte Zugang für den sozialen

Wohnungsbau selbstverständlich sein. Wird sich diese Situation in Zukunft verbessern? Offensichtlich nicht, denn die Anzahl der Sozialbauwohnungen wird in den nächsten Jahren weiter rückläufig sein.

Die aktuellen Förderprogramme des sozialen Wohnungsbaus gehören auf den

Prüfstand. Sie erreichen nicht die selbst gesteckten Ziele des Berliner Senates. Darüber hinaus wirken sich immer mehr Bürokratie und die unendliche Debatte über die Vergesellschaftung von privaten Wohnungsbaugesellschaften negativ auf die Attraktivität des Standortes Berlin aus.

Bauaktivitäten privater Investoren kommen so nahezu zum Stillstand. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften allein werden den dringend benötigten Wohnraum für die Berliner nicht schaffen können. Der soziale Frieden wird in Berlin gefährdet, wenn der Senat den Berlinern zusätzlich den Zugang zum neu geschaffenen sozialen Wohnraum verweigert.

Die vom Senat vorgegebene Wohnraumvergabepraxis der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften muss sofort zu Gunsten der Berliner Familien geändert werden! Insbesondere beim Wohnungsneubau müssen diese zuerst berücksichtigt werden, um eine Abwanderung aus Berlin zu verhindern.

~KARSTEN FRANCK

Unfug zum Quadrat – Redner*innen

„Quotierte Rednerlisten“ beschäftigen jetzt Parlamentsgremien



Foto: stock.adobe.com, contrastwerkstatt

In Ausschuss-Sitzungen in Parlamenten geht es zu wie in der Schule. Wenn sich mehrere Abgeordnete zu Wort melden, gilt das Prinzip „Wer sich als Erster meldet, kommt zuerst dran“. Das ist naheliegend, und es ist sogar festgeschrieben in einer Geschäftsordnung beziehungsweise in sogenannten Verfahrensregeln.

Es wird selten von diesem Prinzip abgewichen. Bei wichtigen Debatten wird manchmal auch nach Größe der Fraktionen das Wort erteilt. Oder die Reihenfolge wird so gestaltet, dass Regierung und Opposition abwechselnd sprechen. Diese beiden Regeln sind sinnvoll und beleben die Debatte.

**Quotierte Rednerliste:
Abwechselnd wird erst
einer Frau und danach einem
Mann das Wort erteilt, auch
wenn dieser sich vorher
gemeldet hat.**

Neu ist hingegen eine Regel, die eine Abgeordnete der Linkspartei im Ausschuss für Stadtentwicklung des Abgeordnetenhauses einführen wollte: eine quotierte Rednerliste, also eine Rednerliste unter Berücksichtigung einer 50-prozentigen Frauenquote.

Die neu gewählte Ausschuss-Vorsitzende nahm immer abwechselnd eine Frau und dann erst einen Mann dran, auch wenn dieser sich vorher gemeldet hatte. Sie will

nach eigener Aussage „männlich dominierte“ Debatten verhindern. Da raschelt die Emma.

Die anderen Fraktionen waren nicht begeistert, allerdings auch deshalb, weil sie das mehr oder weniger spontan gemacht hat. So als wäre es korrekt, so zu verfahren, wenn doch nur alles korrekt so beschlossen worden wäre.

Diese eigenartige Sitzungsleitung mit „quotierten Rednerlisten“ beschäftigt jetzt Parlamentsgremien. Es wird sogar ein wissenschaftliches Gutachten dazu geben. Daraus lernen wir: Die Abgeordneten in Berlin kümmern sich um die wirklich wichtigen Dinge und legen unser Geld gut an.

Aber Spaß beiseite: Diese Denkweise ist falsch. Frauen werden nicht benachteiligt, wenn sich Männer schneller zu Wort melden. Sie selbst können es auch tun und dann „weiblich dominierte Debatten“ führen. Andererseits wird eine Ordnung nicht dadurch „gerechter“, dass Kontingente eingeführt und akzeptierte Regeln ohne Not verkompliziert werden. Gender-Rednerlisten sind ein feministischer Irrweg.

~RONALD GLÄSER

Ampel-Vorteils-Deutschland:

**Staatsbürgerschaft
im Ausverkauf!**



NEU!

Einbürgerung jetzt schon

ab 3 Jahre

„besondere Integrationsleistung“

Ampel

Deutschland
Discounter



Wenn auch Sie der Meinung sind, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nicht verramscht werden darf, dann können Sie hier etwas dagegen tun: <https://nicht-so-billig.shop>

**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Kurfürstenstraße 79, 10787
Berlin Verantwortlich im Sinne des
Presserechts Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin

REDAKTIONSSCHLUSS 5. SEPTEMBER 2023

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin

AfD

Landesverband
Berlin

